

Kurzinformation über die Sitzung des Hauptausschusses am 14.02.2007

Jahresbericht 2005/2006 Junge Integration

Das Jahr 2006 wird von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Einrichtung als das Jahr des Abschieds im Jahresbericht formuliert.

Nicht nur, dass sich das Team von einer langjährigen Mitarbeiterin verabschieden musste, auch der Abschied aus den Räumen der Feldstraße 29 ließ die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Kräften zehren und vor allem der Abschied, des bisherigen Selbstverständnisses der Einrichtung, der Abschied, wie es ausgedrückt wird, von sich selbst. Nach 24 Jahren stärkender Einigkeit wurde das bisherige Pro Junge Ausländer in Junge Integration verwandelt. Durch einen Vorstandsbeschluss, den Kreisjugendring sozialräumlich zu strukturieren, wurde die Einrichtung in drei Teile gesplittert, sodass es in jeder Kommune nur noch eine/n Ansprechpartner/in für soziale Belange ausländischer Kinder und Eltern gibt.

Die drei Teile sind den jeweiligen Jugendzentren vor Ort angegliedert, zusätzlich entstand eine neue Einrichtung in Taufkirchen.

Gemeinsames Forum der Jungen Integration ist ein Arbeitskreis, welcher sich viermal jährlich trifft.

In Unterschleißheim waren im vergangenen Schuljahr 31 Kinder in der stationären Betreuung.

19 Kinder kamen davon aus den drei Grundschulen, 9 Kinder aus der Hauptschule und 3 Kinder aus dem Förderzentrum.

Die Mehrzahl besuchte die 3. bis 5. Klasse, die jüngeren Kinder wurden vom mobilen Dienst betreut, die Schüler der oberen Klassen der Hauptschule kamen nur vereinzelt.

Die Einrichtung ist örtlich sehr vernetzt und arbeitet in diversen Arbeitskreisen in Unterschleißheim mit.

Das neue Domizil von der Jungen Integration in der Pater Kolbe Straße mit 100qm ist unter anderem auch der Sparda Bank zu verdanken. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben sich inzwischen dort gut eingelebt. Die Örtlichkeit wurde bereits von den Eltern und Kindern gut angenommen.

Der Jahresbericht liegt in der Verwaltung im Arbeitsbereich Jugend & Soziales zur Einsicht auf.

Anfrage zur Wiederaufstellung von Ortsplänen an den Ortseingängen

In der Anfrage hat sich die SPD-Fraktion erkundigt, wieso die Ortstafeln mit dem Ortsplan, welche bisher an den Ortseingängen standen, entfernt wurden und ob evtl. neue aufgestellt werden.

Die Anfrage wurde zu einem Zeitpunkt gestellt, wo an den beiden Ortseingängen der Lands-huter Straße die bis dato vorhandenen Ortspläne der Fa. Morenz durch Ortspläne der Fa. Interwerbung mit jeweils einer zusätzlichen Werbe- und Hinweisanlage ersetzt wurden. In-soweit hat sich die Anfrage mit der Neuaufstellung überschritten.

Nachdem Ende 2006 die Werbelaufzeit des letzten von der Fa. Morenz beworbenen Orts-planstandorts an der Weihenstephaner Straße abgelaufen ist, prüft die Verwaltung derzeit, wie und auf welcher Kostenbasis künftig die Ortsplanstandorte (Bezirksstraße / altes Rat-haus, Weihenstephaner Straße, Robert-Koch-Weg, Münchner Ring, Mallertshofener Straße) mit optisch ansprechenden Ortsplänen ausgestattet werden können. Hierzu ist die Verwaltung bereits an entsprechende Firmen herangetreten.

Vorgesehen ist, dass bis zum Frühsommer ein entsprechendes Konzept umgesetzt werden kann.

Erwerb von Wohnungen durch die PATRIZIA Immobilien AG

Wie Ende letzten Jahres bekannt wurde, hat das Augsburger Immobilienunternehmen PAT-RIZIA Immobilien AG über eine Tochtergesellschaft insgesamt 738 Wohnungen in Unter-schleißheim aus dem Bestand der MEAG, einer Tochtergesellschaft des Rückversicherers Münchner Rück AG, übernommen. Seit dem 01. Februar dieses Jahres ist der Besitz nun rechtlich offiziell an die PATRIZIA übergegangen. Ich habe die vielfach an mich herangetra-genen Befürchtungen der betroffenen Mieter, die mit diesem Eigentümerwechsel verbunden waren, sehr ernst genommen. Schon sehr frühzeitig, am 19. Dezember 2006, habe ich des-halb auch mit dem Geschäftsführer der PATRIZIA Asset Management GmbH, Herrn Gerhard Faltermeier, ein erstes, sehr konstruktives Gespräch geführt. Ich war sehr froh, dass sich bereits bei diesem Kontakt deutlich gezeigt hat, dass die PATRIZIA nicht nur jederzeit ge-sprächsbereit ist, sondern größten Wert auf ein gutes Verhältnis mit den Mietern legt und stets auf besondere Mieterschutzmaßnahmen bedacht ist.

Wie es weitergeht

Die Frage, wie es nun mit den Wohnungen weitergeht und wie die Stadt vermittelnd eingrei-fen kann, steht bei mir ganz oben auf der Agenda. Deshalb hatte ich bereits bei dem ersten Gespräch mit der PATRIZIA einen Folgetermin für Februar vereinbart. Dieses Gespräch hat nun am vergangenen Montag, 12. Februar, stattgefunden.

Die Gesprächsrunde bestand aus zwei Vertreterinnen der PATRIZIA, der Vorsitzenden des Mieterschutzvereins Garching-Hochbrück e.V., Verwaltungsmitarbeitern und drei Mieterver-tretern. Bei diesem Gespräch wurde die Sachlage wie folgt geschildert: Die PATRIZIA hat die Wohnungen von der MEAG zum 01.02.2007 erworben. Die PATRIZIA übernimmt die Verwaltung des gesamten Wohnungsbestandes und ein noch zu definierender Teilbestand der erworbenen Wohnungen soll entsprechend sozialverträglicher Kriterien privatisiert wer-den. Sozialverträglich heißt in der Unternehmensphilosophie der PATRIZIA unter anderem, dass sich der Kapitaldienst in etwa an der aktuell marktüblichen Mietbelastung orientieren wird. Bei einem Verkauf wird die Wohnung zunächst exklusiv dem derzeitigen Mieter ange-boten. Innerhalb einer angemessenen Bedenkzeit von etwa drei Monaten können sich die Mieter dann für den Kauf entscheiden. Erst wenn ein Mieter sich nicht für den Kauf seiner Wohnung entscheidet, wird diese anderweitig zum Kauf angeboten.

Im Laufe dieses Jahres werden Wohnungsbegehungen stattfinden. Danach – frühestens im Frühjahr 2008 – wird die PATRIZIA entscheiden, welche Wohnungen verkauft und welche als Bestandswohnungen erhalten bleiben. Es ist aus Sicht der PATRIZIA denkbar, dass nur Teile des Bestandes privatisiert werden. Über diesen Schritt wird die PATRIZIA aber erst nach der Bestandserhebung endgültig entscheiden. Es wurde mir jedoch versichert, dass dann auf eventuelle Tauschwünsche von Mietparteien Rücksicht genommen und versucht wird, die einzelnen Wünsche aufeinander abzustimmen. Die PATRIZIA hat sich bereits jetzt sehr konzilient gezeigt, was die Berücksichtigung der Mieterinteressen betrifft. Ein „Herausklagen“ von Mietern wird es nicht geben. Ganz im Gegenteil: Die PATRIZIA wird sich intensiv um die Bestandspflege kümmern, sieht in den Mietern ihr höchstes Gut und will einen guten Kontakt mit den Mietern pflegen. Ein erstes Informationsschreiben der PATRIZIA wurde bereits an die Mieter versandt.

Umfangreicher Kündigungsschutz

Ich habe im Gespräch mit der PATRIZIA erreichen können, dass der Kündigungsschutz wegen Eigenbedarf von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt wird. Das heißt, dass Mieter, die zum Zeitpunkt des Privatisierungsbeginns an Dritte mindestens 60 Jahre alt sind, ein lebenslanges Mietrecht genießen. Bei einem Mietvertrag von Ehepaaren ist es ausreichend, wenn ein Ehepartner diese Altersgrenze erreicht hat. Dies ist ein wesentliches Zugeständnis der PATRIZIA zum Wohle vieler Mieterinnen und Mieter und bringt sicher für die Bewohner wieder etwas Beruhigung. Ich konnte ebenfalls erreichen, dass auch für anerkannt Pflegebedürftige – unabhängig vom Alter – ein erweiterter Kündigungsschutz in derselben Form besteht. Darüber hinaus gilt derzeit ohnehin für jeden Mieter der gesetzliche Kündigungsschutz von 10 Jahren.

Sicher werden für den einen oder anderen von Ihnen noch Fragen offen sein, aber meine Aufgabe als Bürgermeister ist klar: Ihre Sorgen und Befürchtungen nehme ich ernst und was die Stadt in ihrer Vermittlerrolle tun kann, wird getan. Ich werde auch in Zukunft für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger da sein und bei Bedarf in weiteren Gesprächen mit der PATRIZIA stets versuchen, Ihre Sorgen vorzutragen, um ein – für Sie als betroffene Bürger – bestmöglichstes Ergebnis zu erreichen.

Entscheidung über den Erlass einer neuen Satzung der Stadt Unterschleißheim über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung ihrer Bestattungseinrichtungen (Friedhofsgebührensatzung) mit Wirkung vom 01.01.2007

Mit dem Erlass der Friedhofsgebührensatzung in der Entwurfsfassung vom 14.02.2007 mit Wirkung vom 01.01.2007 besteht Einverständnis.

11 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Beschlussfassung zu den Gestaltungs- und Änderungswünschen zum MVV-Jahresfahrplan 2008

1. Der Hauptausschuss schließt sich der Meinung der Verwaltung an und führt die Busfahrten auf der Buslinie 219 A um 23.43 Uhr von Garching-Hochbrück nach Unterschleißheim zum Fahrplanwechsel 2008, mit laufenden Kosten in Höhe von ca. 5.900,00 €/Jahr probeweise ein.
2. Der Hauptausschuss beschließt, im Rahmen der Gestaltungs- und Änderungswünsche, zum MVV-Jahresfahrplan 2008 die Verschiebung der Abfahrtszeiten der Busli-

nie 219 B um eine Minute später, sowie die Taktangleichung der Busfahrten der Linie 219 A in Garching-Hochbrück, Montag-Freitag auf 23.25 Uhr und Sonntag auf 23.05 Uhr.

12 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Abschlussbericht über den Rechtsstreit vom 14.12.2006 wegen Leserbrief und Kostenanfall

1. Der Hauptausschuss nimmt den Abschlussbericht der Verwaltung über den Rechtsstreit vom 14.12.2006 wegen Leserbrief und Kostenanfall zu Kenntnis.
2. Damit sind die Gründe der Geheimhaltung entfallen.

12 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n)

Behandlung verschiedener Anträge und Anfragen aus der Mitte des Stadtrates - Antrag vom 15.12.2006 zur Änderung der Grabmalordnung

Mit Schreiben vom 15.12.2006 hat der ödp-Ortsverband Unterschleißheim, vertreten durch Herrn Knatz, den Antrag an den Stadtrat eingereicht, dass in die neu zu beschließende Grabmalordnung ein Abschnitt aufgenommen werden soll, der auf die Problematik von Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung in Indien eingeht und die Grabnutzer auffordert, nach Möglichkeit Steine zu verwenden, die nachweislich ohne Kinderarbeit gefertigt wurden.

Als Begründung wurde angeführt, dass über die Hälfte aller Grabsteine auf deutschen Friedhöfen wegen unschlagbar günstiger Preise aus Indien kommen. Obwohl Kinderarbeit dort verboten ist, werden dennoch vielfach Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen beschäftigt. Zeit für Schulbildung bleibt da keine.

Seit 2006 gibt es das Label XertifiX, das ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellte Grabsteine garantiert. Firmen können sich, wenn sie die entsprechenden Kriterien erfüllen, zertifizieren lassen.

Herr Knatz führte weiter aus, dass mit unserer Grabmalordnung darauf hingewirkt werden soll, dass in Unterschleißheim nur noch Grabsteine aufgestellt werden, die nachweislich ohne Kinderarbeit geschaffen wurden. Solange es noch nicht genügend Anbieter mit Zertifikat gibt, sollte sich dies wenigstens in einer entsprechenden Empfehlung niederschlagen.

Die Verwaltung hat den Antrag der ödp durch das Landratsamt München rechtlich prüfen lassen. Das Landratsamt München teilte per E-Mail vom 10.01.2007 mit, dass grundsätzlich kein Problem gesehen wird, den Aspekt der Kinderarbeit in einer Satzung zu verankern. Allerdings sollte dies jedoch nicht auf ein Land (z. B. Grabsteine von Kinderarbeit aus Indien) bezogen sein, sondern allgemein bleiben, d. h. weltweit. Nachdem es, wie von Herrn Knatz bereits ausgeführt wurde, noch nicht genügend Anbieter mit Zertifikat gibt, wird die Verwaltung eine Empfehlung in die Grabmalordnung aufnehmen. In die Grabmalordnung wird die Verwaltung bei § 1 (Gestaltungsgrundsätze für Grabanlagen) einen neuen Absatz 3 mit folgenden Inhalt einfügen: „Die Stadt Unterschleißheim weist auf die Problematik von illegaler Kinderarbeit bei der Herstellung von Grabmälern/Grabsteinen hin. Eine entsprechende Erkundigung bei den Herstellern bzw. Lieferanten wird empfohlen.“

Aufgrund von Einarbeitungen von Änderungswünschen und den Vorbereitungen zur Bürgermeisterwahl ist von der Verwaltung geplant, die Friedhofsatzung und Grabmalordnung erst in der Hauptausschuss-Sitzung am 18.04.2007 vorberatend und am 26.04.2007 in der Stadtratsitzung beschließen zu lassen.

Behandlung verschiedener Anträge und Anfragen aus der Mitte des Stadtrates - Antrag vom 30.01.2007 zum Erwerb von Wohnungen der PATRIZIA

Der Hauptausschuss hat Kenntnis vom Antrag der SPD-Fraktion und vom Sachvortrag der Verwaltung und empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

1. Es wird festgestellt, dass ein gesetzliches Vorkaufsrecht der Stadt an den Wohnungen der PATRIZIA nach BauGB ausgeschlossen ist.
Eine Befassung mit dem beantragten Kauf von Wohneinheiten durch die Stadt bzw. durch die Baugenossenschaft Ober- und Unterschleißheim ist grundsätzlich voraussichtlich erst im Frühjahr 2008 möglich, wenn von der neuen Eigentümerin PATRIZIA eine Entscheidung zu den von ihr zu privatisierenden Wohnungen vorliegt.
2. Aus den bereits damaligen Gründen wird weiterhin von einer Erstellung eines Miet spiegels für die Stadt Unterschleißheim gemäß Beschluss des Stadtrates vom 22.07.2004 abgesehen.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2007 ist damit nach § 19 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß behandelt.

8 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n)

Behandlung verschiedener Anträge und Anfragen aus der Mitte des Stadtrates - Antrag der Freien Bürgerschaft vom 01.02.2007 zur Beantwortung eines Fragenkataloges im Zusammenhang mit der Streitsache wegen Leserbrief vom 05.05.2006

1. Der Hauptausschuss hat Kenntnis vom Antrag der Freien Bürgerschaft vom 01.02.2007 und von der ausführlichen Stellungnahme der Verwaltung im Sachvortrag.
2. Es wird festgestellt, dass die Abwicklung der Streitsache zwischen dem früheren Bauamtsleiter und Herrn StR Reichart wegen des Leserbriefes vom 05.05.2006 formal und inhaltlich im Einklang steht mit den geltenden Regelungen der Geschäftsordnung des Stadtrates und den kommunalrechtlichen und sonstigen Rechtsvorschriften.
Anhaltspunkte für Rechtsverstöße sind nicht erkennbar, weitergehende Maßnahmen wie beantragt daher nicht veranlasst. Die Angelegenheit ist damit abgeschlossen.
3. Damit ist der Antrag der FB vom 01.02.2007 nach § 19 der GeschO ordnungsgemäß behandelt.

10 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n)

Beschlussfassung über die Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 17.01.2007, deren Gründe der Geheimhaltung entfallen sind

Der Hauptausschuss beschließt, dass für nachfolgend aufgeführten Beschluss die Gründe der Geheimhaltung entfallen sind:

- Grundstücks-, Miet- und Pachtangelegenheiten
 - Vergabe von Räumen in den Häusern der Vereine in der Dieselstraße und in der Birkenstraße